Initiative Patrimoniale Suisse

Positionspapier
Stand: Juni 2025

1. AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

Die Initiative Patrimoniale Suisse (INPASU) wurde gegründet, um unabhängigen Vermögensverwaltern in der Schweiz eine politische Stimme zu geben. Die aktuelle Regulierungspraxis durch die FINMA belastet insbesondere kleinere Institute überproportional stark und führt zu wachsender Unzufriedenheit innerhalb der Branche. Ziel unseres Vereins ist es, faire, transparente und wirtschaftlich tragbare Rahmenbedingungen für bewilligte Vermögensverwalter zu schaffen.

2. ZENTRALE PROBLEMFELDER

a) Unzureichende Rolle der Aufsichtsorganisationen (AO)

Die ursprüngliche Idee der indirekten Aufsicht durch AO's war grundsätzlich sinnvoll. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass die AO's ihre Rolle nicht erfüllen können, da:

- sie selbst einer FINMA-Bewilligung unterstellt sind und somit keine unabhängige Interessenvertretung ihrer Mitglieder wahrnehmen können;
- die FINMA systematisch alle von den AO geprüften Inhalte doppelt kontrolliert, ohne deren Einschätzung zu würdigen;
- keine effektive Kosten- oder Bürokratieentlastung erfolgt ist;
- den unterstellten Vermögensverwaltern keinerlei rechtliche Mittel zur Anfechtung von FINMA-Abgaben zur Verfügung stehen.

b) Unverhältnismässige Kostenverteilung und Intransparenz

- Die FINMA stellt ihre Aufsichtsabgaben pauschal den AO in Rechnung, die diese nach eigenem Verteilschlüssel weitergeben.
- Dies erfolgt **ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit** oder Grösse der Institute.
- 80% der Vermögensverwalter sind Kleinbetriebe (1–3 Personen), zahlen aber den gleichen Betrag wie milliardenschwere Institute.
- Die Kosten für nicht zuordenbare Aufwände der FINMA haben sich zwischen 2022 und 2024 **mehr als vervierfacht** (von CHF 1.86 Mio. auf CHF 9.247 Mio.). Eine sachliche Begründung fehlt.

Dies stellt aus Sicht von INPASU einen klaren Verstoss gegen das **Unternehmensentlastungsgesetz (UEG)** Art. 1 Abs. c dar.

3. UNSERE FORDERUNGEN

Schwerpunkt 1: Stärkung und Emanzipierung der AO's

- Entzug der Bewilligungspflicht durch die FINMA für AO's.
- Unterstellung der AO's unter das EFD oder SIF.
- Ausbau der AO's zu echten Aufsichtsinstitutionen mit Handlungskompetenz und Unabhängigkeit.
- Anerkennung der AO-Prüfung durch die FINMA, um Doppelspurigkeit und Kostenlawinen zu verhindern.

Schwerpunkt 2: Faire und transparente FINMA-Gebührenstruktur

- Direkte Rechnungsstellung an Institute statt über AO's.
- Staffelung der Abgaben nach wirtschaftlichen Kenngrössen (z. B. Umsatz, Mitarbeiterzahl).
- Offenlegung der Zusammensetzung nicht verursachergerechter Kosten.
- Nachvollziehbare und prüfbare Verwendung von FINMA-Mitteln.

4. NÄCHSTE SCHRITTE

- Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur Gesetzesanpassung (FINMAG, FINMA-GebV).
- Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern im Rahmen der Evaluation von FINIG / FIDLEG.
- Verstärkte mediale und öffentliche Positionierung.
- Aufbau eines strategischen Beirats zur Stärkung der politischen Wahrnehmung.

FAZIT

Zwei Jahre nach Einführung der FINMA-Aufsicht zeigt sich: Die Erwartungen wurden enttäuscht. Bürokratie, Intransparenz, Kosten und mangelnde Fachkompetenz der FINMA belasten den Berufsstand unnötig. INPASU setzt sich für eine sachgerechte Neuausrichtung ein – bevor die Vielfalt in der Vermögensverwaltung durch regulatorische Fehlsteuerung irreversibel zerstört wird.